



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 26. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 07.03.2017,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:01

Ende: 18:46



**Anwesenheitsliste**

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Michael Schreiner

SPD

Sonja Baum-Baur

Hermann Demmerle

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller



Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

AfD

Jürgen Sauer

LKR

Georg Schmalz



FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Sandra Diehl	(Leiterin Pressestelle)
Rolf Kost	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Dorothea Müller	(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt



SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass seine Fraktion gemeinsam mit der SPD-Stadtratsfraktion fristgerecht einen Antrag eingebracht habe, zu bestimmten Anlässen und Gedenktagen wie beispielsweise dem jetzt bevorstehenden Tibet-Tag eine Flagge zu hissen. Der Oberbürgermeister habe entschieden, den Antrag nicht auf die Tagesordnung zu nehmen. Er beantrage, den Antrag wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Vorsitzende entgegnete dass es entgegen der Auffassung von Herrn Hartmann keine Zuständigkeit des Stadtrates gebe. Man habe wegen der grundsätzlichen Bedeutung auch die Aufsichtsbehörde angefragt, die unsere Rechtsauffassung bestätigt habe.

Für den Antrag, den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion auf die Tagesordnung zu nehmen stimmten 23 Ratsmitglieder. Anwesend waren bei dieser Abstimmung 43 Ratsmitglieder, zwei Drittel hiervon wären 29. **Die erforderliche Zweidrittelmehrheit war somit nicht erreicht.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Einstellung der Verwendung von Plastiksäcken zur Erfassung von Altpapier und Altglas  
Vorlage: 101/356/2017
3. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Erhalt der Platanen in der Ostbahnstraße  
Vorlage: 101/358/2017
4. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Geschlechtergerechte Amts- und Rechtssprache  
Vorlage: 101/359/2017
5. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Kostenfreies Parken an den Adventssamstagen einstellen  
Vorlage: 101/360/2017
6. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Dott. Francesca Chillemi Jungmann  
Vorlage: 100/219/2017
7. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Wilhelm Hauth  
Vorlage: 100/220/2017
8. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“ - Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg" (Ausschreibung 2016):  
Veräußerung der Baufelder 28/28a im „Wohnpark Am Ebenberg“  
Vorlage: 610/442/2017
9. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“ - Auswahlverfahren zur



Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg“ (Ausschreibung 2016):  
Veräußerung der Baufelder 30a/31 im „Wohnpark Am Ebenberg“  
Vorlage: 610/443/2017

10. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)  
Vorlage: 300/127/2017
11. Neufassung der Grün,- Spiel- und Sportanlagensatzung der Stadt Landau in der Pfalz  
Ausweisung von Familienbereichen / Stadterholungsbereichen in Grünanlagen  
Vorlage: 300/129/2017
- 11.1. Flankierende Maßnahmen im Zusammenhang mit der Neufassung der Grün,- Spiel- und Sportanlagensatzung der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 100/221/2017
12. Richtlinie zur Festsetzung eines Anteils von gefördertem Mietwohnungsbau im Rahmen der Baulandbereitstellung (Quotierungsregelung)  
Vorlage: 610/439/2017
- 12.1. Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen: Realisierung von mindestens 25 % gefördertem sozialem Wohnungsbau  
Vorlage: 101/357/2017
13. Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“; Objekt „Ehemaliger Schlachthofturm“, Abweichung von der Modernisierungs- und Instandsetzungsvereinbarung sowie Abweichung von den kaufvertraglichen Vereinbarungen.  
Vorlage: 610/447/2017
14. Verschiedenes



**Öffentliche Sitzung**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Herr Schirmer von der Tibet-Initiative fragte, wie es komme dass der Oberbürgermeister aus rechtlichen Gründen nicht mehr die Tibet-Flagge hissen wolle. 42 rheinland-pfälzische Städte hätten da eine ganz andere Rechtsauffassung, begehen die alle Rechtsbruch? Die dritte Frage sei, ob es ein Schreiben der chinesischen Botschaft gebe auf das Hissen der Tibet-Flagge zu verzichten.

Der Vorsitzende unterstrich, dass die Rechtsauffassung klar sei. Man habe sich deshalb auch bei der Aufsichtsbehörde rückversichert. Es gebe ein Schreiben der chinesischen Botschaft, das sei aber nicht das erste Mal. Dies habe aber nichts damit zu tun, dass der Stadtvorstand das Anliegen der Tibet-Initiative grundsätzlich unterstütze. Er habe ihm ja auch schon die Unterstützung für eine Veranstaltung am 10. März angeboten.

Herr Schirmer schlug vor, dass man im Juni zum Geburtstag des Dalai Lama einen Tibettag veranstalten könne.

Der Vorsitzende bat darum, das Konzept einzureichen, dann könne er sich eine Unterstützung durchaus vorstellen.

Herr Schneider wollte eine Frage zur geplanten Erhöhung der Vergnügungssteuer stellen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass dies nicht zulässig sei, da dieser Punkt auf der nachfolgenden Tagesordnung stehe.

Herr Dumröse erinnerte an seine Wortmeldung in der letzten Stadtratssitzung zur Straße Am alten Güterbahnhof. Er wolle wissen, wie es mit der von ihm angeregten Namensänderung stehe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Beschluss zur Benennung „Am alten Güterbahnhof“ gefasst sei und so auch stehe.

Herr Dr. Strack wollte wissen, warum es noch immer den dienstfreien Faschingsdienstag bei der Verwaltung gebe, obwohl es schon seit Jahren keinen Straßenfasching in Landau mehr gebe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der freie Faschingsdienstag eine lange Verwaltungspraxis sei. Die ausgefallene Zeit werde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern selbstverständlich vor- oder nachgearbeitet.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

**Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Einstellung der Verwendung von Plastiksäcken zur Erfassung von Altpapier und Altglas**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 16. Februar 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Volkhardt begründete den Antrag. Durch die Einführung der Gebühr für Abfallsäcke für Altpapier im vergangenen Jahr sei die Ausgabe der Säcke um 96 % reduziert worden. Das gleiche sollte nach Meinung der FWG-Stadtratsfraktion auch für die Altglaserfassung möglich sein. Die Korbsammlung gebe es auch bereits in anderen Landkreisen und Städten. Im Grunde brauche man daher keine allzu lange Testphase. Man könne sich hier beispielsweise nach den Erfahrungen des Landkreises Germersheim erkundigen, der dies schon seit Jahren so durchführe.

Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag in den Verwaltungsrat EWL zu verweisen und dort auch die Entscheidung zu treffen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 16. Februar 2017, die Verwendung von Plastiksäcken zur Erfassung von Altpapier und Altglas bis spätestens Ende 2017 einzustellen, wird zur weiteren Beratung und Entscheidung in den Verwaltungsrat EWL verwiesen.**



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### **Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Erhalt der Platanen in der Ostbahnstraße**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 16. Februar 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Sie wisse, dass dies in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert werde. Diese fünf Platanen hätten einen stadtbildprägenden Charakter. Diese großgewachsenen Bäume seien nicht ersetzbar durch kleine Bäume, die gegenüber neu gepflanzt werden sollen. Für sie sei es eine Frage der Ehrfurcht vor dem Leben der gewachsenen Bäume. Man müsse wegkommen von dieser Kultur des Baumkillens. Erfreulich sei, dass die Verwaltung wenigstens einen Baum erhalten wolle. Sie bitte, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen und dort zu beraten.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erinnerte daran, dass zur Umgestaltung der Ostbahnstraße ein intensiver Werkstattprozess stattgefunden habe. Dieser habe ein eindeutiges Ergebnis gehabt, u.a. dass diese Bäume gefällt werden. Es sei ein Zeichen des Respekts, dieses Ergebnis der Bürgerbeteiligung anzuerkennen. In der Bürgerversammlung am 16. Februar sei das Thema Bäume erneut diskutiert worden. Dort habe es erneut eine eindeutige Mehrheit gegeben zu der Planung, die nun mal die Fällung der Bäume mit vorsehe. Am Ende werde es mehr Bäume geben als bisher. Man müsse jetzt ein Ende der Diskussion setzen.

Ratsmitglied Lerch appellierte an Frau Dr. Migl, ihre martialische Sprache einzustellen. Die Rückmeldungen der Bürger seien klar für die Fällung der Bäume. Diesen Bürgerwillen sollte man akzeptieren. Im Übrigen sei Landau eine Stadt der Bäume, man habe 17.600 Bäume. In den letzten Jahren seien 2.300 Bäume neu gepflanzt worden. Landau habe eine unheimlich positive Baumbilanz. Von daher werde die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag ablehnen.

Ratsmitglied Vogler erklärte, dass die gefundene Lösung sehr gut sei. Die SPD-Stadtratsfraktion werde den Antrag ablehnen.

Ratsmitglied Lichtenthäler unterstrich, dass es in diesem Fall eine qualifizierte Bürgerbeteiligung gewesen sei. Seit diesem Werkstattprozess seien einige Jahre vergangen. Deshalb sei es durchaus legitim, die Ergebnisse von damals nochmal neu zu überdenken. Daher habe nun nochmal eine Bürgerversammlung stattgefunden. Dabei gab es auch die Diskussion über die Bäume. Inhaltlich habe es auch viele Argumente für die Fällung der Bäume gegeben. Nach Abwägung aller Argumente des Für und Wider werde die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Antrag ablehnen. Man könne aber auch gerne im Bauausschuss nochmal drüber reden.

Ratsmitglied Freiermuth war dagegen, es nochmal im Bauausschuss zu beraten. Die Mehrheit in der Bürgerversammlung sei mehr als eindeutig gewesen. Er könne nicht verstehen, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion sich so gegen das Ergebnis einer Bürgerbeteiligung wehre.

Der Stadtrat lehnte mit 2 Ja-, 41 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

**den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 16. Februar 2017 ab, die Platanen in der Ostbahnstraße zu erhalten.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

**Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Geschlechtergerechte Amts- und Rechtssprache**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 26. Februar 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Follenius-Büssow begründete den Antrag. Aufhänger sei die jetzt zu beschließende Seniorenbeiratsatzung gewesen. Die dort vorgesehene männliche Form sei alarmierend gewesen und das im Jahre 2017. Frauen würden in der Amts- und Rechtssprache unsichtbar gemacht. Es sei daher wichtig, die Satzungen nach allen zu benennen, die sie betrifft. Sprache sei nämlich nicht nur ein Werkzeug, sondern habe die Macht Strukturen zu stärken oder zu verändern. Schon 1995 sei eine entsprechende Landesverordnung in Kraft getreten, die nach wie vor gültig sei. Es sei zugegeben nicht immer leicht geschlechtsneutral zu formulieren. Geschlechtergerechte Sprache sei ein effizientes Mittel zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass man sich mit der Fragestellung auseinandergesetzt habe. Man schlage vor, dass man die Satzungen bei künftigen Änderungen entsprechend überarbeite. Es sei dies auch eine Frage des Pragmatismus, dies nach und nach zu machen. Sprache sei etwas lebendiges, etwas was sich immer weiterentwickle.

Der Vorsitzende sah den Antrag als erledigt an, da die Verwaltung dem folgen werde und die Satzungen bei jeweils anstehenden Änderungen überarbeite.

**Eine Abstimmung über den Antrag erfolgte nicht.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

**Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Kostenfreies Parken an den Adventssamstagen einstellen**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 25. Februar 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Klein begründete den Antrag. Ein Grund für den Antrag sei der defizitäre Haushalt der Stadt. Auf dem Alten Messplatz gebe es 600 innenstadtnahe Parkplätze, die man an den Adventssamstagen kostenfrei zur Verfügung stelle. Dies sei sicherlich gut gemeint, koste aber zwischen 30.000 und 40.000 Euro an Einnahmeverzicht. Das Ansinnen von damals, als man noch in Konkurrenz von zum Beispiel Neustadt stand, sei mittlerweile überholt. Ein Besucherrückgang oder Einbußen bei der Geschäftswelt seien nicht zu erwarten. Sie sehe daher keinerlei Gründe, auf diese Einnahmen zu verzichten.

Der Vorsitzende korrigierte, dass der Einnahmeausfall sich nur auf ca. 5.000 bis 6.000 Euro belaufen würde. Die von Frau Klein genannte Zahl sei aus der Zeit, als die gesamte Innenstadt gebührenfrei gewesen sei. Er schlage vor, den Antrag in die Nachtragshaushaltsberatungen zu verweisen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 25. Februar 2017, das kostenfreie Parken an den Adventssamstagen einzustellen, wird in die Nachtragshaushaltsberatungen 2017 verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Dott. Francesca Chillemi Jungmann**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 9. Februar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat verleiht Frau Dott. Francesca Chillemi Jungmann, wohnhaft in Landau in der Pfalz in Anerkennung ihrer Verdienste im sozialen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Wilhelm Hauth**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 9. Februar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat verleiht Herrn Wilhelm Hauth, wohnhaft in Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner Verdienste im kulturellen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“ -  
Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im "Wohnpark Am Ebenberg"  
(Ausschreibung 2016):  
Veräußerung der Baufelder 28/28a im „Wohnpark Am Ebenberg“**

*Bürgermeister Dr. Ingenthron und Ratsmitglied Heß waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.*

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 1. Februar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man habe sich bewusst auf ein anonymisiertes Verfahren der eingereichten Unterlagen verständigt.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass man inhaltlich mit der Vorlage einverstanden sei. Man wolle aber schon vor der Beschlussfassung wissen, an wen man verkaufe. Daher sollte man den Umschlag vorher öffnen.

Ratsmitglied Marquardt stimmte den Ausführungen von Herrn Wagner zu. Dies hier sei mangelnde Transparenz nicht zu wissen, an wen man veräußere.

Der Vorsitzende betonte, dass die Verwaltung hier vollkommen leidenschaftslos sei. Wenn der Rat heute beschließe, den Umschlag vorher zu öffnen, habe er damit kein Problem. Dies könne man jetzt abstimmen.

**Der Stadtrat stimmte mit 4 Ja-, 34 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen dagegen, den Umschlag vor der Abstimmung zu öffnen.**

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass dies möglicherweise eine rechtswidrige Abstimmung sei. Sie werde dies prüfen lassen.

Herr Joritz entgegnete, dass der Stadtrat ja frei sei, jederzeit wieder anders zu entscheiden. Er könne nicht erkennen, wo hier die Rechtswidrigkeit liegen solle.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass man dann als Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion gegen die Vorlage stimmen werde.

Im Anschluss an die Abstimmung öffnete der Vorsitzende den Umschlag und gab bekannt, wer sich hinter „Bieter 2006“ befindet. Der Name ist unter Punkt 1 des Beschlusses eingearbeitet.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 4 Nein-Stimmen:

- 1. Das Angebot des Bieters 2006 – Stefan Wässa, Jürgen & Peter Sebastian sowie Andrea Zickler -, im Einzelnen bestehend aus der Bietererklärung, dem Kaufpreisangebot und dem Bebauungskonzept, für die Baufelder 28/28a wird angenommen.**
- 2. Die Baufelder 28/28a mit einer Größe von ca. 7.257 m<sup>2</sup> werden zum Kaufpreis in Höhe von 1.600.000,00 EURO (ca. 220 Euro/qm) an den Bieter 2006 veräußert.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Bieter eine höhere Übereinstimmung des vorgelegten Baukonzepts mit dem städtebaulichen Rahmenplan „Wohnpark Am Ebenberg“ und der dazugehörigen Gestaltungsfibel „Wohnpark Am Ebenberg“ abzustimmen.**
- 4. Die Verwaltung/ DSK wird beauftragt den Kaufvertrag vorzubereiten und abzuschließen.**





**5. Die Verwaltung wird im Falle eines Scheiterns des Projekts des erstplatzierten Bieters beauftragt, in Verhandlung mit dem Zweitplatzierten, Bieter 2007, einzutreten und den Gremien einen Vergabevorschlag vorzulegen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“ -  
Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im "Wohnpark Am Ebenberg"  
(Ausschreibung 2016):  
Veräußerung der Baufelder 30a/31 im „Wohnpark Am Ebenberg“**

*Bürgermeister Dr. Ingenthron und Ratsmitglied Heß waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.*

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 1. Februar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er werde zunächst wieder darüber abstimmen, ob der Umschlag mit dem Bieter vor der Abstimmung geöffnet werden solle.

**Der Stadtrat stimmte mit 4 Ja- und 39 Nein-Stimmen dagegen, den Umschlag vor der Abstimmung zu öffnen.**

Im Anschluss an die Abstimmung öffnete der Vorsitzende den Umschlag und gab bekannt, wer sich hinter „Bieter 3002“ befindet. Der Name ist unter Punkt 1 des Beschlusses eingearbeitet.

Der Stadtrat beschloss mit 39 Ja- und 4 Nein-Stimmen:

- 1. Das Angebot des Bieters 3002 – Timon Bauregie GmbH & Co.KG (Ettlingen) -, im Einzelnen bestehend aus der Bietererklärung, dem Kaufpreisangebot und dem Bebauungskonzept, für die Baufelder 30a/31 wird angenommen.**
- 2. Die Baufelder 30a/31 mit einer Größe von ca. 9.142 m<sup>2</sup> werden zum Kaufpreis in Höhe von 2.700.000,00 EURO (ca. 295 Euro/qm) an den Bieter 3002 veräußert.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Bieter eine höhere Übereinstimmung des vorgelegten Baukonzepts mit dem städtebaulichen Rahmenplan „Wohnpark Am Ebenberg“ und der dazugehörigen Gestaltungsfibel „Wohnpark Am Ebenberg“ abzustimmen.**
- 4. Die Verwaltung / DSK wird beauftragt den Kaufvertrag vorzubereiten und abzuschließen.**
- 5. Die Verwaltung wird im Falle eines Scheiterns des Projekts des erstplatzierten Bieters beauftragt, in Verhandlung mit dem Zweitplatzierten, Bieter 3001, einzutreten und den Gremien einen Vergabevorschlag vorzulegen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 10. Januar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Mit diesem Beschluss folge man der Rechtsprechung. Bei der Höhe der Abgabe bewege man sich im Vergleich auf dem Niveau anderer Städte in unserer Größenordnung.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte, dass man sich mit den Argumenten der Dehoga auseinander gesetzt habe. Man habe dies sehr wohl abgewogen, sei aber der Meinung dass die Satzungsänderung sinnvoll sei. Ein Argument dabei sei, dass man den Betrieb solcher Spielgeräte nicht fördern sollte.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die Umstellung aufgrund gerichtlicher Vorgaben erfolge. Die CDU-Stadtratsfraktion sehe keine Alternative zu diesem Beschluss.

Ratsmitglied Lichtenthäler teilte mit, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zustimmen werde. Man habe zweifellos diese Suchtproblematik. Zudem bestehe aus rechtlicher Sicht ein Handlungszwang. Gerade bei der Suchtproblematik sollte man sich aber auch immer wieder selbst in die Pflicht nehmen und nicht selbst wie im D 9 Gewerbeansiedlungen in dieser Richtung zulassen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 43 Ja- und 1 Nein-Stimme:

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigelegten Entwurf zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung als Satzung.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Neufassung der Grün-, Spiel- und Sportanlagensatzung der Stadt Landau in der Pfalz  
Ausweisung von Familienbereichen / Stadterholungsbereichen in Grünanlagen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 31. Januar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Mit dem Gesamtmaßnahmenbündel wolle man im Ostpark wieder geordnete Verhältnisse schaffen. Eine Erfolgsgarantie gebe es allerdings nicht.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass das Problem allen bewusst sei. Die Verwaltung mache hier seiner Meinung nach einen richtigen Schritt. Er begrüße es, dass es aber nicht nur um Verbot gehe. Vielmehr werde gleichzeitig versucht, mit einem Streetworker auf die Personen positiv einzuwirken. Er bitte, nach einem Jahr eine Evaluation zu machen. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Vogler war der Auffassung, dass es mit Sicherheit zu einer Verdrängung kommen werde. Das Problem als solches werde ja nicht behoben. Sie hoffe, dass ein Streetworker den Menschen Perspektiven aufzeigen könne. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Kolain hielt die meisten der angedachten Maßnahmen für sinnvoll. Ein Problem habe man aber mit dem allgemeinen Alkoholverbot. Dies sei keine so gute Idee, da dies letztlich alle treffe. Dies löse das Problem nicht, sondern verdränge es lediglich. Es sei auch jetzt der falsche Zeitpunkt für dieses Verbot. Man sollte vielmehr andere Möglichkeiten als dieses Verbot prüfen. Sein Vorschlag sei daher, das Alkoholverbot erstmal zurückzustellen und nach einer Evaluation nochmal neu zu entscheiden.

Der Vorsitzende betonte, dass der Vorschlag mit dem Alkoholverbot von der Polizei gekommen sei. Diese habe damit gute Erfahrungen gemacht. Man werde nach der Freiluftsaison die Erfahrungen auswerten und dann berichten, wie es sich entwickelt habe.

Ratsmitglied Freiermuth sah ein Stück Hilflosigkeit in dem was man hier mache. Aber man müsse ja versuchen, zu agieren. Wichtig werde es sein, nachzusteuern wenn es nicht funktioniere oder wenn es zu einer Verdrängung komme. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Wagner teilte mit, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion unterschiedlich abstimmen werde. Er sei der Auffassung, dass man hier nur an Symptomen herumdoktere. Man gehe mit einer finanziellen Keule gegen Menschen vor, die ohnehin schon am unteren Ende der Gesellschaft stehen. Probleme habe er mit der Formulierung in der Satzung „... berauschende Mittel jeglicher Art“.

Herr Joritz erläuterte zum Begriff „...berauschende Mittel jeglicher Art“. Gemeint seien hier die illegalen berauschenden Mittel.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja,- 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen:

- 1. die dieser Sitzungsvorlage beigelegte Neufassung der Grün-, Spiel- und Sportanlagensatzung der Stadt Landau in der Pfalz.**
- 2. die Widmung und Ausweisung von aus dem anliegenden Plan ersichtlichen Teilflächen des Ostparks und des Heinrich – Heine - Platzes als Familienbereiche im Sinne des § 5 der Satzung.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11.1. (öffentlich)**

**Flankierende Maßnahmen im Zusammenhang mit der Neufassung der Grün,- Spiel- und Sportanlagensatzung der Stadt Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Hauptamtes vom 14. Februar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 11 verwiesen.

**Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Richtlinie zur Festsetzung eines Anteils von gefördertem Mietwohnungsbau im Rahmen der Baulandbereitstellung (Quotierungsregelung)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 27. Januar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Löffel begrüßte für die CDU-Stadtratsfraktion die Vorlage und die Quotierungsregelung. Landau brauche bezahlbaren Wohnraum.

Ratsmitglied Klein empfand die Einkommensgrenze für sehr hoch.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dem Erlass der Richtlinie zur Festsetzung von gefördertem Mietwohnungsbau nach Landeswohnraumfördergesetz (LWoFG) im Rahmen der Baulandbereitstellung in der Stadt Landau (Quotierungsrichtlinie) durch private wohnbauliche Maßnahmen der Innenentwicklung mit Planungserfordernis zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.1. (öffentlich)**

**Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen: Realisierung von mindestens 25 % gefördertem sozialem Wohnungsbau**

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Februar 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Das was man gerade beschlossen habe und hoffentlich noch gleich beschließen werde, komme ziemlich spät. Hätte man vor Jahren schon eine Quote von 10 oder 15 % festgelegt, hätte man heute weniger Probleme mit bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt. Daher sei es gut und richtig, dass man heute auch eine 25 %-Quote für die städtischen Grundstücke beschließen könne.

Ratsmitglied Vogler erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimmen werde.

Ratsmitglied Lerch hielt es für wichtig, dass man ein gutes Maß an Durchmischung hinbekomme.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass 25 % wichtig seien. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag ebenfalls zu.

Ratsmitglied Wagner freute sich über den Kompromiss. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde ebenfalls zustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Bei allen noch anstehenden Vergabeverfahren im Bereich des „Wohnparks am Ebenberg“ stellt die Stadtverwaltung sicher, dass mindestens 25 % der insgesamt noch entstehenden Wohneinheiten als geförderter sozialer Wohnungsbau realisiert werden. Diese Mindestquote für sozialen Mietwohnungsbau bezieht sich auf die Gesamtzahl der noch zu bauenden Wohneinheiten, nicht auf jedes einzelne Baufeld.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“; Objekt „Ehemaliger Schlachthofturm“, Abweichung von der Modernisierungs- und Instandsetzungsvereinbarung sowie Abweichung von den kaufvertraglichen Vereinbarungen.**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 8. Februar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Der ehemalige Schlachthofturm sei eine „Never-ending-Story“. Die jetzt gefundene Lösung sei sicher nicht optimal, aber im Sinne einer geordneten Situation dort durchaus vertretbar.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion die Vorlage ablehnen werde. Man werde hier seiner Meinung nach vorgeführt. Das was hier geplant sei, widerspreche dem Willen, den Heinrich-Heine-Platz zu beleben.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass man eine Entscheidung treffen müsse auf der jetzt vorhandenen Faktenlage. Daher müsse man die Rahmenbedingungen akzeptieren. Die CDU-Stadtratsfraktion tue sich damit auch schwer und werde daher differenziert abstimmen.

Ratsmitglied Lichtenthäler teilte mit, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion zustimmen werde. Was jetzt nochmal geändert werde, sei letztlich doch ein Sachzwang dem man sich stellen müsse.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach, ob es möglich sei die Wohnungen tatsächlich nur als Ferienwohnungen zu genehmigen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde zustimmen.

Herr Kamplade entgegnete, dass man Dauerwohnen baurechtlich nicht verhindern könne.

Ratsmitglied Marquardt wollte wissen, wie hoch der qm-Preis des Grundstücksverkaufs dort gewesen sei.

Der Vorsitzende sicherte zu, die Antwort schriftlich nachzureichen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 29 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen:

- 1. Der Nutzungsänderung des geplanten Neubaus nördlich des denkmalgeschützten ehemaligen Schlachthofturms von dem ursprünglich geplanten Ayurveda- und Yoga-Studio und der Heilpraktikerpraxis in barrierefreie Ferienwohnungen und bei Bedarf in rein privates barrierefreies Dauerwohnen wird zugestimmt.**
- 2. Die künftige Modernisierung und Instandsetzung des denkmalgeschützten Anwesens „Ehemaliger Schlachthofturm“ zu einem Künstleratelier mit Ausstellungsraum und Appartement wird weiterhin aus den Mitteln der Städtebauförderung unterstützt. Der gem. Modernisierungs- und Instandsetzungsvereinbarung vertraglich festgelegte maximale Förderbetrag in Höhe von 30.000,- € wird weiterhin in Aussicht gestellt.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

### Verschiedenes

Beigeordneter Klemm teilte mit, dass der diesjährige Waldbegang am 18. Mai stattfinden werde.

Ratsmitglied Scheid fragte, warum der Messeparkplatz während der Wirtschaftswoche nicht im üblichen Maße bewirtschaftet werde

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Veranstalter die Möglichkeit habe zu bewirtschaften.

Ratsmitglied Vogler teilte mit, dass es stadteinwärts von Godramstein kommend rechts eine wilde Müllkippe gebe.

Ratsmitglied Klein fragte nach der Beleuchtung am Weg an der Universität.

Ratsmitglied Maroc erklärte, dass der Unirat hier eine LED-Beleuchtung empfehle.



Die Niederschrift über die 26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 07.03.2017 umfasst 18 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 141.

Vorsitzender

Gesehen

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter